

DEHOGA protestiert gegen NATO-Gipfel-Logo

Auch der Hotel- und Gaststättenverband DEHOGA hat sich im Streit um das Logo des NATO-Gipfels an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) gewandt. Auf dem Logo zum NATO-Gipfel am 3. und 4. April in Straßburg, Kehl und Baden-Baden wird Baden-Baden nicht genannt.

Dass sich Baden-Baden nicht auf dem Logo wiederfinde, wertete der Kreisvorsitzende des DEHOGA in Baden-Baden und Mitglied des Landesvorstandes, Hans Schindler, als Schlag ins Gesicht der Hotellerie. Manche der Hoteliers in Baden-Baden kündigten an, einige der bereits reservierten Betten für den NATO-Gipfel möglicherweise wieder zu stornieren. Eine ausdrückliche Drohung sprach die DEHOGA in dieser Sache aber noch nicht aus.

Bundeskanzlerin Merkel eingeschaltet

Mit einem Schreiben wandte sich der Verband an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Darin heißt es: "Der Presse war zu entnehmen, dass das offizielle Logo der Tagung Baden-Baden nicht als Austragungsort erwähnt. Unsere Betriebe und die Bevölkerung halten es für absolut inakzeptabel, dass man uns die Erschwernisse der Veranstaltung aufbürdet ohne den 50-prozentigen Veranstaltungsort in das Logo aufzunehmen."

Außerdem gebe es in Europa keine andere Stadt, "die mit Frankreich historisch so eng verbunden ist wie Baden-Baden. Hier wurde am 15. Februar 1962 ... das vereinte Europa zwischen den ehemaligen Erzfeinden Frankreich und Deutschland beschlossen, hier war 40 Jahre lang der Sitz der Französischen Streitkräfte in der BRD." Gesendet wurde das Schreiben auch an Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD), Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) und NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer.

Logo sorgte auch bei der Stadt für Unmut

Auch bei der Stadt Baden-Baden ist die Enttäuschung groß. Wegen der Nicht-Nennung von Baden-Baden hatte auch Oberbürgermeister Wolfgang Gerstner (CDU) bereits Kontakt mit dem Bundeskanzleramt aufgenommen. Derweil begründete die NATO ihre Entscheidung damit, dass es auf dem Logo um die Symbolik des Brückenschlags zwischen Deutschland und Frankreich gehe - so erkläre sich die Nennung von Straßburg und Kehl.

Zum Nato-Gipfel im April werden in Straßburg, Kehl und Baden-Baden rund 3.500 Spitzenpolitiker, ebenso viele Journalisten und rund 14.000 Polizeibeamte erwartet. Das Festbankett für die Politprominenz wurde von Kehl nach Baden-Baden verlegt.